

Interpellation

der Abgeordneten Rademacher,
Dr. Schäfer und Fraktion der FDP

**betr. Bestreikung argentinischer Staatsdampfer
in Hamburg.**

Seit Sonnabend, den 15. Juli 1950, liegt der Dampfer der argentinischen Staatsreederei „Rio Gualagay“ im Hamburger Hafen und wird auf Befehl der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr bestreikt. Wertvolle gegen Akkreditiv verkaufte Ware kann daher nicht termingerecht verladen werden, darunter Ladungen für den argentinischen Staat und ein erster Exportauftrag der Daimler Benz A.G. von 41 Wagen.

Der Dampfer „Entrerios“ der gleichen Reederei, der am 18. Juli 1950 in Hamburg laden sollte, wurde bereits nach Cuxhaven disponiert, um nur Passagiere an Bord zu nehmen.

Trotz des Beschlusses des Internationalen Transportarbeiterverbandes London (ETF) wurden in diesen Tagen folgende Dampfer der gleichen argentinischen Staatsreederei im europäischen Ausland von gewerkschaftlich organisierten Hafenarbeitern abgefertigt:

Dampfer „Salta“ in Genua
„ „ „Eva Peron“ in London
„ „ „Entrerios“ in Amsterdam

und weitere Schiffe in Dünkirchen und Antwerpen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Was ist seit dem 15. Juli 1950 — dem Tag, an dem Herr Vizekanzler eingehend unterrichtet wurde — geschehen, um den einseitigen Boykott durch deutsche Gewerkschaften aufzuheben?
2. Warum war der Herr Bundesarbeitsminister am 19. Juli 1950 vormittags über diesen wichtigen Vorfall noch nicht unterrichtet?

3. Ist sich die Bundesregierung klar darüber, daß der Befehl der deutschen Gewerkschaften eine schwere Schädigung der notleidenden deutschen Häfen und seiner Arbeitnehmer bedeutet?
4. Ist sich die Bundesregierung bewußt, daß durch diesen Boykott argentinischer Staatsdampfer eine schwere Schädigung des Außenhandels eintritt und eine Gefährdung des bisher nur paraphierten deutsch-argentinischen Handelsvertrags zu befürchten ist?
5. Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um
 - a) den Streik sofort abubrechen,
 - b) in Zukunft derartige einseitige Maßnahmen zum Schaden des deutschen Ansehens zu verhindern?

Bonn, den 20. Juli 1950

Rademacher
Dr. Schäfer und Fraktion